Mai 2018

Informationen aus Land und Kreis

100 Millionen Euro für die Kommunen zur Flüchtlingsintegration

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes schafft die NRW-Koalition die Rechtsgrundlage, um noch in diesem Jahr 100 Millionen Euro an die 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden zu verteilen.

Foto: © Zerbor - Fotolia

Damit steigen die flüchtlingsbedingten Zuweisungen des Landes an die Kommunen auf insgesamt 1,6 Milliarden Euro. Zusätzlich werden die vom Bund für 2018 angekündigten Mittel aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds in Höhe von ca. zehn Millionen Euro an die Kommunen weitergeleitet.

Für die Kommunen im Kreis Viersen bedeutet das eine finanzielle Entlastung um 1.376.416 Euro.

Eine gerechte Verteilung der Gelder muss die finanzielle Belastung der einzelnen Kommune durch die Flüchtlinge vor Ort berücksichtigen. Daher richtet sich der Verteilungsschlüssel zu 40 Prozent nach der Anzahl der geflüchteten Personen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz für die Monate Oktober bis Dezember 2017 sowie zu 60 Prozent nach der Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung (Stichtag 1. Januar 2018).

Durch die Zahlung eines Mindestbetrages von 50.000 Euro wird auch die Integrationsarbeit in kleineren Gemeinden besonders berücksichtigt und gesichert.

Brüggen	87.461 €
Grefrath	115.618 €
Kempen	160.196 €
Nettetal	235.675 €
Niederkrüchten	50.000 €
Schwalmtal	93.796 €
Tönisvorst	104.297 €
Viersen	395.693 €
Willich	133.680 €

Themen dieser Ausgabe:

Nordrhein-Westfalen wird sicherer	2
Innovative Antriebe sind die Zukunft der Mobilität	2
„Älter werden in Europa“	3
Übungsgelände für die Feuerwehren	3
Familienfreundliche Lehrerausbildung	3
5G für den unteren Niederrhein	4
Datenschutzgrundverordnung: Tipps für Vereine	4
Offensive Familienförderung	5
Kabinettsbeschluss zum Landesentwicklungsplan	5
Leitantrag verabschiedet	5
„Integrationsstrategie 2030“	6
Den Landtag am Wochenende besuchen	6

Nordrhein-Westfalen wird sicherer

Mit dem Sechsten Gesetz zur Änderung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes der NRW-Koalition wird eine neue politische Führungskultur eingeführt, die geprägt ist von Wertschätzung und Rückhalt für unsere Polizistinnen und Polizisten sowie einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminellen.

Neben einer nachhaltigen Verbesserung der personellen Situation und Mehrausgaben bei der Ausstattung umfasst das Ende April eingebrachte Sicherheitspaket I umfangreiche Gesetzesänderungen, um unsere Polizei auch rechtlich so gut aufzustellen, dass sie eine effektive Gefahren- und Terrorabwehr betreiben kann.

Bestehende Befugnisse werden erweitert wie beispielsweise die Videoüberwachung im öffentlichen Raum und die längst überfällige Strategische Fahndung wird eingeführt, damit Polizisten einen sicheren rechtlichen Rahmen haben, in dem sie agieren.

Foto: © jonasginter - Fotolia

Zudem gibt es künftig rechtliche Grundlagen für den Einsatz einer elektronischen Fußfessel und eine Befugnis für die Überwachung der Telekommunikation. Gefährder können beim Vorliegen einer drohenden terroristischen Gefahr für bis zu einem Monat in präventive Haft genommen werden, genauso wie häusliche Schläger, die sich nicht an ihre Auflagen halten. So wird nicht nur unserer Polizei der Rücken gestärkt, sondern auch die Position der Opfer von Gewalttaten.

Innovative Antriebe sind die Zukunft der Mobilität

Der Landtag hat sich mit innovativen Antrieben befasst. Denn sie sind die Zukunft, wenn es im Bereich Verkehr um die Gesundheit der Menschen und um das Ziel geht, den Anforderungen der Luftreinhaltung zu genügen, ohne die Mobilität des Einzelnen einzuschränken.

Foto: © Ralf Gosch - Fotolia

Statt pauschaler Fahrverbote setzt die NRW-Koalition auf einen technologieoffenen Ansatz im Bereich der innovativen Antriebe. Entscheidend ist, Antriebsformen zu finden, die schnell und kostengünstig umsetzbar sind. Insbesondere die Gasmobilität ist technisch ausgereift, in Nordrhein-Westfalen infrastrukturell verhältnismäßig gut ausgebaut und somit die schnellste verfügbare Lösung.

Die bisher umgesetzten Maßnahmen wie die Erhöhung der ÖPNV-Pauschale zur Nachrüstung von ÖPNV-Busflotten und das Sofortprogramm Elektromobilität sind ein zentraler Pfeiler eines emissionsarmen Verkehrssystems. Darüber hinaus wird geprüft, welche flankierenden Maßnahmen zur stärkeren Marktdurchdringung von innovativen Antrieben ergriffen werden können, und der Dialog mit der Wirtschaft intensiviert.

Die Schadstoffbelastung der Luft in Nordrhein-Westfalen hat sich 2017 weiter verringert. Das zeigen die Ergebnisse der Luftqualitätsmessungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV). Auch in den verkehrsreichen Innenstädten war ein Rückgang der Schadstoffbelastung zu verzeichnen.

Insgesamt wurden noch in 27 Kommunen die geltenden Stickstoffdioxid-Grenzwerte überschritten. Darunter waren zehn Kommunen, in denen der Grenzwert um maximal zehn Prozent überschritten wurde. Im Vorjahr waren 32 Kommunen von Stickstoffdioxid-Grenzwertüberschreitungen betroffen. Das Land unterstützt die Kommunen mit Förderprogrammen zur Umsetzung von Minderungsmaßnahmen. Hinzu kommen Unterstützungsleistungen des Bundes.

„Älter werden in Europa“

Marcus Optendrenk hat die Regionalkonferenz der Europäischen Senioren Union in Aachen besucht und vor etwa 60 Mitgliedern der Europäischen Senioren Union über die Bedeutung der europäischen Idee für Jung und Alt sowie die Kernfunktion der Euregios als „Labore für Europa“ gesprochen. Zu den Teilnehmern aus Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Tschechien zählten unter anderem

die Europaabgeordnete Sabine Verheyen sowie der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Parl. Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium Bernhard Worms.

Die anschließende Diskussion befasste sich mit aktuellen Themen im Europa-Ausschuss des Landtags wie beispielsweise die Bedeutung des Brexit für NRW, die Unterstützung und Partnerschaften Nordrhein-Westfalens mit dem afrikanischen Kontinent oder die Vorreiterrolle der Benelux-Länder und NRW bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

„Wir müssen den jungen Menschen vorleben, dass Europa eine großartige Idee ist, die nur Bestand hat, wenn wir uns dafür vor Ort einsetzen. Es ist wichtig, dass die ältere Generation mit ihnen zusammenkommt und klarmacht, dass ein geeintes Europa keine Selbstverständlichkeit ist“, so Optendrenk.

Übungsgelände für die Feuerwehren

Wir wollen für unsere Feuerwehren die bestmögliche Aus- und Fortbildung sicherstellen. Die über 80.000 Freiwilligen riskieren im Einsatz ihr eigenes Leben, um das anderer zu schützen. Deshalb ist von hoher Wichtigkeit, dass Feuerwehrleute bestmöglich vorbereitet in ihre risikoreichen Einsätze gehen.

Foto: © wellphoto - Fotolia

Um den Feuerwehrangehörigen ausreichend Praxiserfahrung zu vermitteln, braucht es dezentrale Gelände in ganz Nordrhein-Westfalen. Weitere Übungsgelände bieten darüber hinaus Möglichkeiten einer gemeinsamen Nutzung beispielweise durch die Feuerwehr und die Polizei. Die NRW-Koalition unterstützt die Kommunen bei der Schaffung solcher Übungsgelände und prüft, wie das Land dafür Anreize schaffen kann.

Familienfreundliche Lehrerausbildung

Angehende Lehrerinnen und Lehrer sollen ihr Referendariat bald auch in Teilzeit absolvieren können. Einen entsprechenden Entwurf des Schulministeriums zur Änderung der Lehrerausbildung hat das Kabinett beschlossen. Zudem soll es einen Schulversuch geben, bei dem jeweils zwei Lehrerinnen oder Lehrer in Teilzeit eine Schulleitung übernehmen.

Foto: © drubig-photo - Fotolia

Mit der Teilzeitvariante für angehende Lehrerinnen und Lehrer wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und der Lehrerberuf attraktiver. Nachwuchslehrkräfte bekommen damit die Möglichkeit, bereits während der Ausbildung ihren familiären Aufgaben besser nachkommen zu können. Das ist ein wichtiges Signal an junge Familien, die arbeiten und Kinder haben wollen.

5G für den unteren Niederrhein

Die Bundes- und Landtagsabgeordneten der CDU aus den Kreisen Kleve, Viersen und Wesel haben sich an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer gewandt und eine gemeinsame Bewerbung als Testregion für den neuen Mobilfunkstandard 5G eingereicht.

Foto: © Gebhard Bücker Photography

Der untere Niederrhein eignet sich hervorragend als Testregion, weil neben der geografischen Situation – ländlich geprägt, aber dennoch nah an den industriellen und wissenschaftlichen Ballungszentren – vor allem das große Spektrum an Anwendungsmöglichkeiten überzeugt. Hierzu zählen beispielsweise im Bereich der medizinischen Versorgung die mobile Telemedizin, die in der Landwirtschaft voranschreitende Vernetzung und Automatisierung sowie neue Mobilitätslösungen im öffentlichen Personennahverkehr. Auch die frequenzfreundliche Topographie, durch die ein flächendeckender 5G-Ausbau aufgrund geringerer Antennendichte relativ günstig durchzuführen wäre, ist ein wichtiges Argument.

„Wir brauchen bei uns schnelle Übertragungstechnologien, um die Betriebe wettbewerbsfähig zu halten und den Einsatz neuer Technologien überhaupt erst möglich zu machen. Die Auswahl als 5G-Testregion wäre ein starkes Signal für den unteren Niederrhein als Wirtschaftsstandort", so die Abgeordneten.

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht vor, fünf Regionen in Deutschland prioritär mit dem Mobilfunkstandard 5G auszustatten, um den Infrastrukturaufbau zu beschleunigen und die Forschung in diesem Bereich zu intensivieren. Auch ländliche Regionen sollen davon profitieren.

Datenschutzgrundverordnung: Tipps für Vereine

Am 25. Mai 2018 wird die neue EU-Datenschutzverordnung (DS-GVO) wirksam. Bis dahin haben Vereine noch Zeit, ihre Mitgliederverwaltung, Datenbanken und Websites anzupassen.

Mit der Neuregelung hat die Europäische Union die Regeln für das Erheben und Speichern persönlicher Daten geändert. Betroffen davon ist auch jeder Verein, der personenbezogene Daten verarbeitet, wie beispielsweise Namen, Anschrift und Geburtsdaten, aber auch die Mitgliedschaft im Verein als solche oder deren Dauer sowie Platzierungen in Wettkämpfen.

Auf dem Engagementportal des Landes finden sich hilfreiche Tipps und Dokumente sowie eine Checkliste, wie sich Vereine auf die bevorstehenden Änderungen der neuen DS-GVO vorbereiten können.

Marcus Optendrenk begrüßt, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung durch umfassende Informationen die Vereine dabei unterstützt, die Aufgaben im Zusammenhang mit der neuen Datenschutzverordnung leichter zu bewältigen. Weitergehende Fragen können auch unter optendrenk@cdu-kreisviersen.de gestellt werden.

Offensive Familienförderung

Um den Herausforderungen im Familienalltag zu begegnen und Nordrhein-Westfalen familienfreundlicher zu machen, will die NRW-Koalition mehr Familienzentren schaffen. Sie bieten vorbildliche Strukturen für die Vernetzung und Bündelung von niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangeboten für Eltern und Familien. Zudem sind sie ein unverzichtbares Instrument, um allen Kindern in unserem Land, unabhängig von Herkunft und sozialem Status das Rüstzeug für ein selbstbestimmtes Leben mitzugeben und Aufstieg möglich zu machen.

Foto: © Antonioguillem - Fotolia

Das Konzept der Familienzentren riefen CDU und FDP bereits 2006 ins Leben. An diese Erfolgsgeschichte will die NRW-Koalition anknüpfen und die Familienzentren qualitativ und quantitativ ausbauen. Für das Kindergartenjahr 2018/2019 sind bis zu 150 neue Zentren geplant. Zudem sollen die bestehenden Familienzentren evaluiert und im Interesse der Menschen in unserem Land weiterentwickelt werden.

Kabinettsbeschluss zum Landesentwicklungsplan

Das Landeskabinett hat einen Beschluss zum Landesentwicklungsplan (LEP) und zur Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung gefasst. Damit werden nach sieben Jahren rot-grüner Wachstumsblockade endlich die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen verbessert.

Der von der Regierung Kraft aufgelegte Landesentwicklungsplan vermittelte bisher die Botschaft, Investitionen seien in unserem Land nicht erwünscht. Die vorgesehene Überarbeitung und Entrümpelung verdeutlicht dagegen das Vorhaben der NRW-Koalition, in Nordrhein-Westfalen eine Willkommenskultur für alle zu schaffen, die hier Unternehmen ansiedeln und erweitern oder neue Wohnungen bauen wollen. Dies schließt auch Weiterentwicklungsmöglichkeiten für ländlich geprägte, dörfliche Strukturen ein. Mit der Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung durch die von CDU und FDP geführte Landesregierung ist dafür nun ein wichtiger Schritt getan.

Foto: © Gina Sanders - Fotolia

Mit dem Kabinettsbeschluss wird die Landesplanung künftig wieder Planungs- und Investitionssicherheit für Handwerk und Industrie gewährleisten und Standortsicherung sowie Betriebserweiterungen in Stadt und Land ermöglichen.

Leitantrag verabschiedet

Der CDU-Landesvorstand hat den Leitantrag für den 41. Landesparteitag am 9. Juni 2018 in Bielefeld beschlossen. Unter dem Titel „NRW kommt voran – Leben, Lernen und Arbeiten im digitalen Zeitalter" will die Landespartei diskutieren, wie Nordrhein-Westfalen und die NRW-Koalition den Herausforderungen durch die Digitalisierung begegnen können.

CDU Nordrhein-Westfalen

Im Mitgliedernetz CDUplus können Sie am Text des Leitantrags mitarbeiten. Dort können Sie Ihre Ideen einbringen, Änderungsvorschläge machen, Ergänzungen

oder Streichungen vornehmen oder auch die Vorschläge anderer CDU-Mitglieder kommentieren und bewerten. Die Online-Beteiligung auf CDUplus endet gemeinsam mit dem klassischen Antragsverfahren am 19. Mai 2018. Die am besten bewerteten Vorschläge wird Generalsekretär Josef Hovenjürgen MdL in die Beratungen der Antragskommission einbringen.

Den vollständigen Text des Leitantrags finden Sie hier.

„Integrationsstrategie 2030“

NRW soll wieder Motor und Vorbild für Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik in ganz Deutschland werden. Ziel muss es sein, auf der einen Seite Integrationsanstrengungen einzufordern und im Gegenzug umfassende Teilhabechancen zu ermöglichen. Wer sich jedoch verweigert oder die Werte unseres Grundgesetzes nicht achtet, hat kein Anrecht auf Unterstützung.

Foto: © Frank Gärtner - Fotolia

Mit der „Integrationsstrategie 2030“ setzt die NRW-Koalition gezielt auf die vier Säulen Sprache, Bildung, Arbeit und Wertevermittlung. So soll der Schulunterricht für schulpflichtige Geflüchtete in der Regel drei Monate nach Asylantragstellung beginnen können, Geflüchtete unter 25 Jahren mit Bleibeperspektive, aber ohne Bildungsabschluss, sollen verpflichtende Bildungsangebote bekommen, die berufliche Ausbildung von Geflüchteten unterstützt werden.

Weitere Details zur „Integrationstrategie 2030“ finden Sie hier.

Den Landtag am Wochenende besuchen

An vielen Wochenenden steht der Landtag Nordrhein-Westfalen Besucherinnen und Besuchern samstags und sonntags jeweils von 11 bis 17 Uhr ohne Voranmeldung und kostenfrei offen. Gäste können das multimediale Besucherzentrum erleben, auf eigene Entdeckungstour durch das Parlamentsgebäude gehen, an einem 45-minütigen geführten Rundgang teilnehmen und sich über die Arbeit ihrer Abgeordneten informieren:

12./13., 26./27. Mai,

2./3., 9./10., 16./17., 23./24. Juni,

1., 7./8. Juli,

1./2., 8./9., 15./16., 22./23., 30. September,

6./7., 13./14., 20./21., 27./28. Oktober,

3./4., 10./11., 17./18., 24./25. November,

1./2., 8./9., 15./16. Dezember.

Bitte beachten Sie, dass es sich hierbei um vorläufige Terminangaben handelt, die kurzfristig geändert werden können. Aktuelle Auskünfte zu den Öffnungszeiten erteilt der Besucherdienst des Landtags telefonisch: (0211) 884 -2955 / -2302.

Dr. Stefan Berger & Dr. Marcus Optendrenk
CDU Kreisverband Viersen
Goetersstr. 54, 41747 Viersen

Marcus Optendrenk

Marcus Optendrenk

Stefan Berger